

MOTRA 05/23 SPOTLIGHT

Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland.

Peter Wetzels, Thomas Richter, Diego Farren, Katrin Brettfeld
Universität Hamburg und GIGA Hamburg

Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023):
Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in
Deutschland. MOTRA-Spotlight 05/23. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden.

<https://doi.org/10.57671/motra-2023005>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland

In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) seit November 2022 unter der Bezeichnung „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) alle zwei bis drei Monate regelmäßig wiederholte Umfragen bei nach Alter, Geschlecht, Bildung und regionaler Herkunft geschichteten, repräsentativen Stichproben von jeweils ca. 2.500 erwachsenen Personen durch (für die Gesamtkonzeption vgl. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11564>). Ziel ist die Untersuchung der Wahrnehmungen und Bewertungen internationaler Entwicklungen durch die Bevölkerung in Deutschland sowie die Analyse möglicher Zusammenhänge mit politischen Einstellungen und Erwartungen

an die Politik in Deutschland. In den ersten beiden Erhebungswellen im November 2022 und Februar 2023 wurden unter anderem Besorgnisse in Bezug auf den Krieg in der Ukraine thematisiert. Dies geschah vor dem Hintergrund von Befunden die zeigen, dass Sorgen und Ängste angesichts internationaler Krisen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen auf nationaler Ebene erheblichen Einfluss sowohl auf die allgemeine Verunsicherung der Bevölkerung als auch auf deren Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaat entfalten können. Im Folgenden werden Ergebnisse der Analyse der zweiten Welle der Studie MiDInt vorgestellt, die vom 8.2. bis 23.2.2023 stattfand (zu Stichprobe und Erhebungsinstrument vgl. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11836>).

Einstellungen zu Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine

Um Meinungen zur Lieferung militärischer Ausrüstung durch Deutschland an die Ukraine zu erfassen, wurden den Befragten fünf Aussagen vorgelegt. Diese reichen von der Ansicht, dass gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine geliefert werden solle bis zur Befürwortung der Lieferung von Angriffswaffen wie Kampfpanzer, Kampfflugzeuge oder Raketen mit großer Reichweite. Die Befragten wur-

den gebeten, den Grad ihrer Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen anzugeben. Neben einer klaren Zustimmung oder Ablehnung konnten auch nicht ganz eindeutige Tendenzen zum Ausdruck gebracht werden, was sich auch recht häufig fand.

So stimmten 24.0 % der Befragten der Aussage „völlig“ zu, dass gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine geliefert werden solle, 20.5 % stimmten dem nur „eher“ zu.

Tabelle 1: Einstellungen zu Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine (Angaben in %)

Deutschland sollte...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern.	25.2	30.3	20.5	24.0
nur militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern, die allein der Verteidigung dient.	19.2	21.3	40.1	19.4
auch Kampfpanzer, die als Angriffswaffen genutzt werden können, an die Ukraine liefern.	29.8	28.5	27.8	13.9
auch Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern.	43.9	30.6	17.9	7.6
auch Raketen mit großer Reichweite an die Ukraine liefern.	45.0	28.8	17.9	8.3

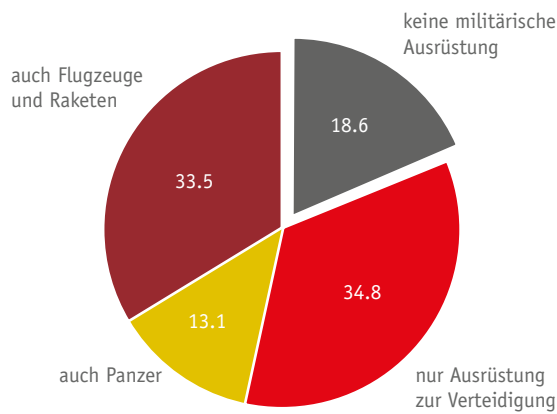


Abbildung 1: Akzeptanz von Waffenlieferungen an die Ukraine (in %)

Damit sind bei 44.5 % ablehnende Haltungen zu Waffenlieferungen zu erkennen, die aber nur bei einem Viertel völlig eindeutig sind. Der Aussage, Deutschland solle nur militärische Ausrüstung liefern, die allein der Verteidigung dient, stimmten 19.4 % „völlig“ und weitere 40.1 % „eher“ zu. Eine Unterstützung der Ukraine durch Lieferung von Kampfpanzern stieß bei 58.3 % auf Ablehnung (29.8 % „völlig“ und 28.5 % „eher“). Noch häufiger abgelehnt wurde die Lieferung von Kampfflugzeugen (43.9 % „völlig“ und 30.6 % „eher“) oder von Raketen mit großer Reichweite (45.0 % „völlig“ und 28.8 % „eher“). Bei der Analyse der jeweiligen Kombinationen der Angaben zu verschiedenen Waffenarten wurden aber auch Ambivalenzen sichtbar: So stimmte mehr als die Hälfte derer, die gar keine militärische Ausrüstung in die Ukraine liefern wollten, gleichwohl einer Lieferung von Ausrüstung zu, die ausschließlich der Verteidigung dient. Um das gestufte Ausmaß der Zustimmung und die Ambivalenzen der Meinungen in Bezug auf verschiedene Waffenarten zu berücksichtigen, wurde ein hierarchischer Indikator gebildet. Dabei werden die Waffenarten nach dem Ausmaß ihres Offensivcharakters gruppiert. Die Personen werden danach kategorisiert, bis zu welcher Art von (Offensiv)waffen ihre mindestens teilweise Zustimmung („stimme eher zu“) zu Lieferungen höchstens reicht (völlige Ablehnung der Lieferung militärischer Ausrüstung = niedrigste Stufe; Akzeptanz von Kampfflugzeugen und/oder weitreichenden

Raketen = höchste Stufe). Im Ergebnis lehnten 18.6 % die Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine völlig ab. 34.8 % stimmten höchstens der Lieferung von Ausrüstung zur Verteidigung zu. 13.1 % befürworteten zwar Lieferungen von Kampfpanzern, lehnten aber die von anderen Offensivwaffen ab. Ein weiteres Drittel (33.5 %) befürwortete auch die Lieferung von Flugzeugen und/oder Raketen.

Soziodemografische Verteilung der Meinungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine

Ein Vergleich der Angaben von **Männern und Frauen** zeigt in Bezug auf die völlige Ablehnung von Waffenlieferungen keine relevanten Unterschiede. Frauen befürworteten aber deutlich stärker die Beschränkung der Lieferung auf Ausrüstung, die primär Verteidigungszwecken dient (41.9%) als Männer (27.1%). Männer sprachen sich hingegen häufiger dafür aus, der Ukraine auch Flugzeuge und Raketen zu liefern (41.7%) als Frauen (25.8%). Mit Blick auf das **Alter** fanden sich kaum Unterschiede zwischen Befragten unter 40 Jahren und Menschen im Alter von 40 bis unter 60 Jahren. Die Altersgruppe der über 60-Jährigen hob sich davon jedoch ab. Hier befürwortete eine Mehrheit die Lieferung von Panzern, Flugzeugen oder Raketen (56.9%). In den beiden jüngeren Altersgruppen wollte die Mehrheit Lieferungen hingegen entweder auf Waffen

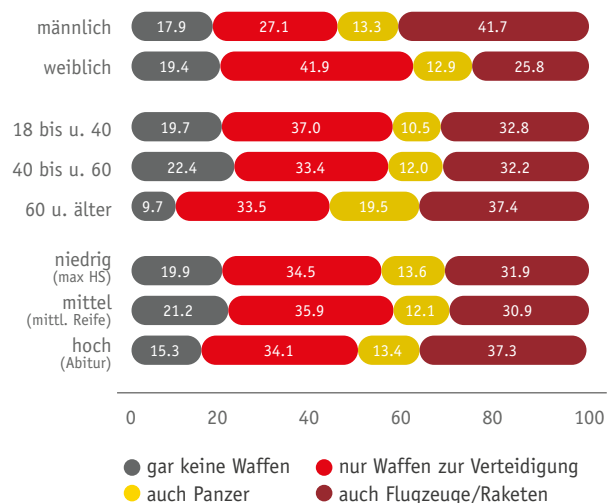


Abbildung 2: Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (in %).

zur Verteidigung beschränken oder lehnte Waffenlieferungen gänzlich ab. Lieferungen von Angriffswaffen befürworteten 43.3% der bis 40-Jährigen und 44.2% im Alter von 40 bis unter 60 Jahren. Hinsichtlich der Schulbildung fanden sich die höchsten Zustimmungsraten für Angriffswaffen bei Befragten mit Abitur (50.7%). Bei geringer **Schulbildung** (45.5%) oder mittlerer Reife (44.2%) waren diese Raten demgegenüber deutlich niedriger.

Einstellungen zu Waffenlieferungen und politische Parteipräferenz

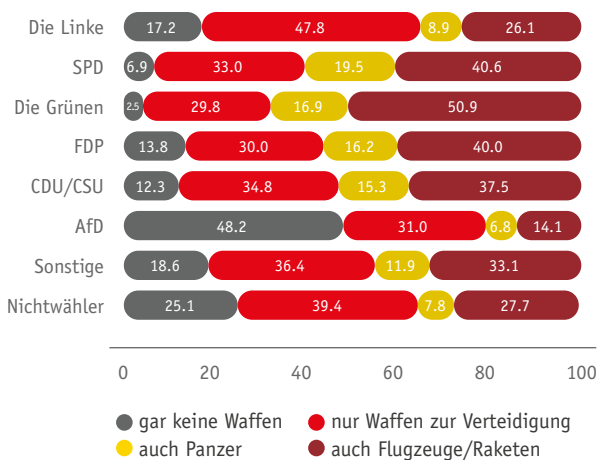


Abbildung 3: Einstellungen zu Waffenlieferungen nach Parteipräferenz (Sonntagsfrage)

Ein Blick auf die über die Sonntagsfrage erfassten **Parteipräferenzen** zeigt, dass Wähler der AfD mit Abstand am häufigsten Waffenlieferungen an die Ukraine völlig ablehnten (48.2%). 31% wollten eine Beschränkung auf die Lieferung von Ausrüstung zur Verteidigung. Nur 20.9% der AfD-Wähler stimmte der Lieferung von Panzern oder Angriffswaffen zu. Bei den Wählern der Linken war die Befürwortung von Angriffswaffen mit 35% am zweit-

niedrigsten. Der entscheidende Unterschied beider Gruppen liegt darin, dass von den Wählern der Linken nur 17.2% Waffenlieferungen gänzlich ablehnten. Bei ihnen wurde vor allem die Beschränkung auf Verteidigungswaffen gefordert (47.8%). Die höchste Zustimmung zur Lieferung von Angriffswaffen zeigten Wähler von B90/Die Grünen (67.8%). Vor allem die Zustimmung zur Lieferung von Flugzeugen oder Raketen fiel hier mit 50.9% besonders hoch aus. Wähler der SPD, FDP und CDU/CSU unterschieden sich in ihren Ansichten zu Angriffswaffen untereinander nur wenig. Lieferungen von Panzern, Raketen oder Flugzeugen fanden hier klare Mehrheiten (SPD: 60.1%, FDP: 56.2%, CDU/CSU: 52.8%).

Die Verbreitung von Kriegsangst in Deutschland vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine

Neben ihren Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine wurden die Teilnehmer/innen auch danach gefragt, wie sehr sie über mögliche Auswirkungen des Krieges in der Ukraine besorgt sind. Dazu wurden u. a. Sorgen wegen möglicher aggressiver Aktivitäten Russlands erhoben, die einen direkten Bezug zu Deutschland haben. Solche Kriegsängste vor einer direkten Betroffenheit Deutschlands durch militärische Aktionen Russlands waren weit verbreitet. Zwei Drittel (68.0%) gaben an, „etwas“ (42.0%) oder „sehr“ (26.0%) besorgt zu sein, dass es zu einem militärischen Angriff Russlands auf Deutschland kommen könnte. Vergleichbar groß war die Sorge, dass Einrichtungen in Deutschland zum Ziel von Angriffen Russlands werden könnten. Dies befürchteten 69.5%. Insgesamt 70.5% waren ferner „etwas“ oder „sehr“ besorgt, dass

Tabelle 2: Verbreitung von Kriegsangst in Deutschland vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine (in %)

Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten.	besorgt mich nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte.	10.2	21.8	42.0	26.0
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte.	9.4	21.1	41.1	28.4
Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte.	8.9	20.6	35.8	34.7

es in Europa zum Einsatz von Atomwaffen kommen könnte. Dieselben Fragen waren auch im November 2022 gestellt worden.

Im Februar 2023 waren im Vergleich dazu Ängste vor dem Einsatz von Atomwaffen in Europa zwar etwas gesunken (von 73.8% auf 70.5%). Ängste vor einem Angriff Russlands auf Deutschland stiegen jedoch um 6.8 Prozentpunkte sowie Ängste vor Anschlägen auf Einrichtungen in Deutschland um 3.9 Prozentpunkte.

Fasst man die Angaben zu den drei Fragen zu Kriegsängsten in einer von 1–4 reichenden Mittelwertskala zusammen, dann finden sich für 69.4% aller Befragten Werte, die über dem absoluten Skalenmittelpunkt von 2.5 liegen. Diese werden als Personen mit hoher Kriegsangst eingestuft. Unterhalb dieses Wertes finden sich mit 30.6% weniger als ein Drittel, bei denen keine oder nur geringe Kriegsangst zu erkennen ist. Bei **Frauen** war hohe Kriegsangst mit 80.4% deutlich weiter verbreitet als bei **Männern** (57.9%). In der **Altersgruppe** der über 60-Jährigen trat hohe Kriegsangst etwas häufiger auf (73.9%) als in den beiden jüngeren Altersgruppen, wo sich jeweils 68.2% in diesem Sinne äußerten. Weiter findet sich ein Zusammenhang mit der **Schulbildung**: Je besser gebildet, desto seltener war hohe Kriegsangst zu erkennen. Zwar äußerte mit 63.7% eine Mehrheit der Befragten mit Abitur hohe Kriegsangst. Bei Menschen mit mittlerer Reife war diese Rate aber mit 71.5% und bei geringerer Schulbildung mit 73.5% jeweils deutlich höher.

Kriegsängste und Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine

Das Ausmaß der Kriegsangst steht in einem klaren Zusammenhang mit den Haltungen zu Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine. Personen mit niedriger Kriegsangst waren etwas häufiger der Ansicht, dass gar keine Waffen an die Ukraine geliefert werden sollten (20.4%) als jene mit hoher Kriegsangst, von denen das 17.8% äußerten. Weiter befürworteten Befragte mit hoher Kriegsangst

Kriegsangst

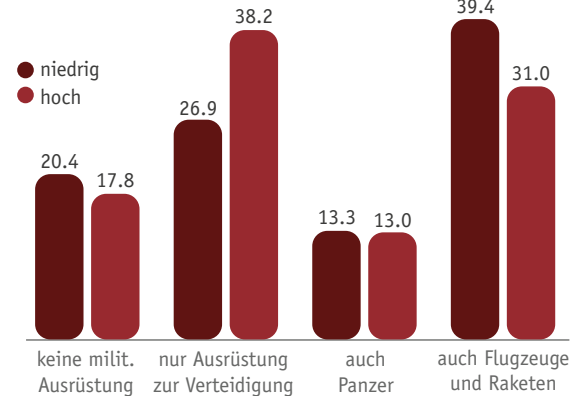


Abbildung 4: Einstellungen zu Waffnelieferungen an die Ukraine nach Ausmaß der Kriegsangst (in %)

deutlich häufiger eine Beschränkung von Lieferungen auf militärische Ausrüstung, die ausschließlich der Verteidigung dient (38.2%). Die Lieferung von Flugzeugen oder Raketen wurde nur von 31.0% der Befragten mit hoher Kriegsangst befürwortet. Bei Befragten mit niedriger Kriegsangst verhält sich dies genau umgekehrt. Diese sprachen sich eher für die Lieferung von Angriffswaffen wie Flugzeuge oder Raketen aus (39.4%) und seltener für eine Beschränkung auf militärische Ausrüstung zur Verteidigung (26.9%). Betrachtet man Angriffswaffen – unter Einschluss von Panzern – insgesamt, so wurde deren Lieferung von 52.7% der Personen mit niedriger Kriegsangst aber nur von 44% der Personen mit hoher Kriegsangst befürwortet.

Zusammenhänge zwischen Kriegsangst und Einstellungen zu Demokratie: Die Akzeptanz von Autokratie

Die Wahrnehmung von kriegerischen Auseinandersetzungen, wie sie aktuell in der Ukraine stattfinden, kann erhebliche Auswirkungen auf politische Einstellungen entfalten. So kann Kriegsangst Anlass sein, freiheitliche Prinzipien und Grundelemente einer demokratischen Rechtsstaatlichkeit zugunsten des Wunsches nach einem vermeintlich effektiveren Schutz durch eine starke staatliche Führung aufzugeben. Um solche Effekte zu prüfen, wurden den Befragten fünf Aussagen vorgelegt, die Autokratieakzeptanz und die Bereitschaft zur Einschränkung demokratischer Prinzipien erfassen.

Tabelle 3: Verbreitung von Autokratieakzeptanz (in %)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	18.4	44.0	30.2	7.4
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.	62.6	21.3	12.8	3.3
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	25.0	38.5	30.0	6.4
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	15.0	29.6	37.5	17.9
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	39.9	21.7	26.0	12.4

Insgesamt stimmten 54.4% der Aussage zu, dass wir uns längere politische Debatten und Meinungsvielfalt aktuell nicht leisten können. Einen Führer, der mit starker Hand regiert, befürworteten 38.4%. Im Interesse einer starken politischen Führung wollten 37.6% weniger Einfluss des Parlaments. Fast ebenso viele (36.4%) waren der Ansicht, die Handlungsfähigkeit der Regierung dürfe nicht durch Gerichte eingeschränkt werden. 16.1% stimmten der Aussage zu, dass in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform sei. Bildet man auf Basis dieser Aussagen eine Mittelwertskala, dann weisen 29.7% aller Befragten Werte auf, die über dem absoluten Mittelpunkt dieser Skala liegen und anzeigen, dass autokratische Ansichten überwiegend geteilt werden.

Bei Personen mit hoher Kriegsangst lag die Rate für Autokratieakzeptanz bei 32.7% und damit erheblich höher als bei Personen mit niedriger Kriegsangst (22.9%). Ein solcher Effekt zeigte sich für die ersten vier der fünf Aussagen zur Autokratieakzeptanz in stark ausgeprägter Form.

Finanzielle Belastungen durch Militärausgaben und Einstellungen zu Waffenlieferungen

Im Zusammenhang mit Sorgen, die der Ukrainekrieg auslöst, wurden die Befragten auch gebeten anzugeben, wie sehr sie darüber besorgt sind, „dass Deutschland zu viel Geld für Waffen und Militär ausgibt“. 12.7% gaben an, darüber „gar nicht“ und 23.1% darüber „kaum“ besorgt zu sein. Die große Mehrheit (insgesamt

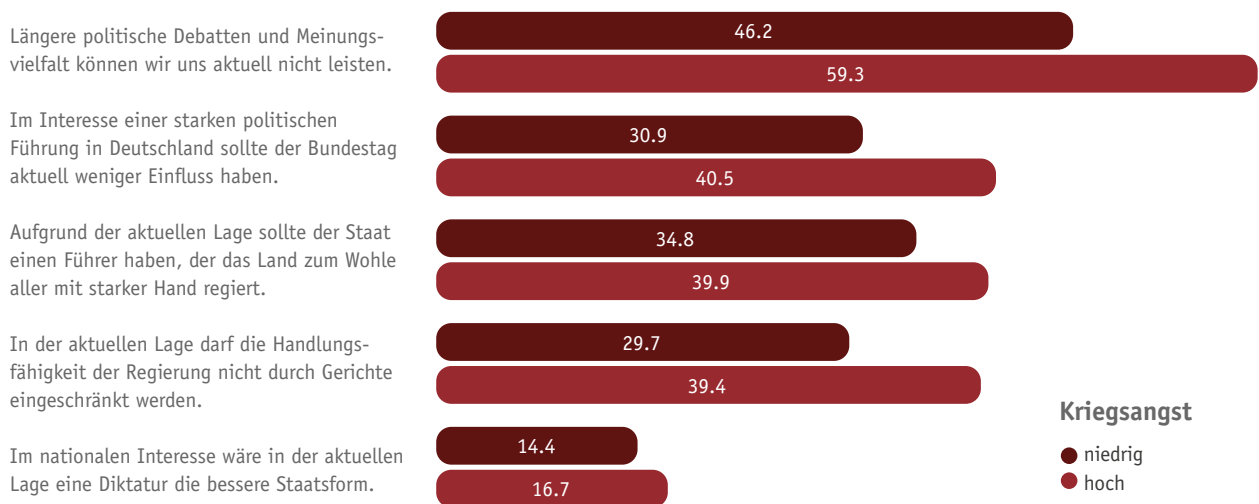


Abbildung 5: Verbreitung von Autokratieakzeptanz nach Ausmaß der Kriegsangst (in %)

64.2%) war hingegen in dieser Hinsicht etwas (32.5%) oder sehr (31.7%) besorgt. Auch diese Sorgen stehen im direkten Zusammenhang mit den Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine: Während knapp ein Viertel derer, die sich große Sorgen wegen zu hoher Militärausgaben machen, Waffenlieferungen an die Ukraine völlig ablehnten (24.0%), waren dies nur 8.9% bei Personen, die diese Sorge nicht teilen. Ähnliche Unterschiede fanden sich bzgl. der Beschränkung der Lieferungen auf militärische Ausrüstung zur Verteidigung (39.1% vs. 26.7%). Die Zustimmung zur Lieferung von Flugzeugen oder Raketen lag bei denen, die wegen der Militärausgaben Besorgnis äußerten mit 25.6% deutlich niedriger als bei jenen, die bezüglich der Ausgaben für Waffen und Militär

eher keine Probleme sehen (48.1%) und von daher auch der Lieferung solcher, in der Regel teureren, Waffensystemen zustimmen.

Sorge wegen finanzieller Belastung

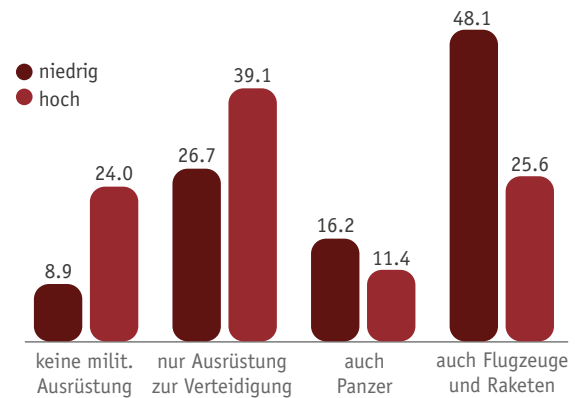


Abbildung 6: Einstellung zu Waffenlieferungen nach Ausmaß der Sorgen wg. finanz. Belastungen (in %)

Meinungen zur Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union

Neben einer militärischen Unterstützung wird aktuell intensiv darüber diskutiert, ob die Ukraine in die EU aufgenommen werden soll und in welcher Weise dies geschehen könnte. Auch diese Frage wurde hier thematisiert. Der Aussage, die Ukraine solle nicht in die EU aufgenommen werden, stimmte ein Fünftel (21.0%) „völlig“ und ein weiteres Fünftel (20.1%) „eher“ zu. Insoweit lehnten 42.2% einen EU-Beitritt der Ukraine eher ab. Eine Mehrheit stimmte der Aufnahme der Ukraine im Normalverfahren grundsätzlich zu (37.3% „eher“, 24.5% „völlig“). Allerdings wurde eine beschleunigte Aufnahme der Ukraine in einem verkürzten Verfahren nur von 26.2% der Befragten favorisiert. Werden die Kombinationen dieser Angaben in einem hierarchischen

Indikator zusammengefasst, dann finden sich 34.2%, die gegen eine Aufnahme der Ukraine in die EU sind. Knapp die Hälfte (48.6%) stimmt einer Aufnahme im Normalverfahren und nur 17.3% einer beschleunigten Aufnahme zu.

Ansichten zur Aufnahme der Ukraine in die EU und Befürwortung von Waffenlieferungen

Auch diese Ansichten zur Aufnahme der Ukraine in die EU hängen mit den Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine zusammen. So waren Befragte, die einen EU-Beitritt der Ukraine ablehnen, wesentlich häufiger auch der Ansicht, dass gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine geliefert werden sollte (33.2%) als jene, die sich einen EU-Beitritt im Normalverfahren (13.6%) oder im beschleunigten Verfahren (4.9%) vorstellen können. Auf der anderen Seite wurde

Tabelle 4: Verteilung der Angaben zu Aufnahme der Ukraine in die EU (in %)

Die Ukraine sollte...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
gar nicht in die EU aufgenommen werden.	24.4	34.6	20.1	21.0
nicht beschleunigt, sondern im üblichen Verfahren in die EU aufgenommen werden.	16.3	21.9	37.3	24.5
so schnell wie möglich in einem verkürzten Verfahren in die EU aufgenommen werden.	41.4	32.4	18.7	7.5

die Lieferung von Angriffswaffen am stärksten von Befragten befürwortet, die einer Aufnahme der Ukraine im Schnellverfahren zustimmten (61.5%). Von jenen, die eine Aufnahme der Ukraine im Normalverfahren bejahten, sprachen sich nur 32.2% für die Lieferung von Flugzeugen und/oder Raketen aus und von denen, die eine EU-Aufnahme völlig ablehnten, lediglich 20.2%. Insoweit ist die Unterstützung der Ukraine durch eine beschleunigte EU-Aufnahme auch mit einer deutlich erhöhten Bereitschaft zu umfänglicheren Waffenlieferungen verbunden.

Aufnahme der Ukraine in die EU

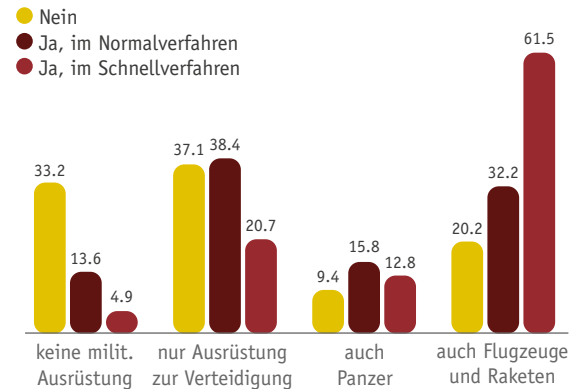


Abbildung 7: Haltungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine nach Meinung zum EU-Beitritt (in %)

Zusammenfassung und vorläufiges Fazit

In Deutschland findet die militärische Unterstützung der Ukraine bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Unterstützung. Nur knapp ein Fünftel lehnt jegliche Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine ab. Allerdings differenzieren die Befragten deutlich zwischen verschiedenen Waffenarten. Angriffswaffen, die über Kampfpanzer hinausgehen, wurden mehrheitlich von zwei Drittel abgelehnt. Mit Blick auf die Meinungen zu Waffenlieferungen zeigten sich aber auch erheblichen Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen und politischen Lagern. Insoweit kann dieses Thema zu Polarisierungen und gesellschaftlichen Spaltungen

beitragen. Der Krieg in der Ukraine und die dortigen Entwicklungen haben ferner Auswirkungen auf die politischen Einstellungen der Menschen in Deutschland. Bei zwei Drittel der Bevölkerung fand sich eine hohe Kriegsangst. Zudem zeigten sich deutliche Effekte von Kriegsangst auf die Erhöhung der Bereitschaft, in der aktuellen Lage zentrale demokratische Prinzipien zugunsten einer starken staatlichen Führung aufzugeben. Solche Entwicklungen stellen für die freiheitliche Demokratie und die offene Gesellschaft in Deutschland große Herausforderungen dar. Diese sollten in der politischen Bildung aber auch bei der Radikalisierungsprävention verstärkt adressiert werden.

Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“ und deren Ergebnissen erhalten Sie online unter:

<https://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html>

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

studio halvar

Forschungskoordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

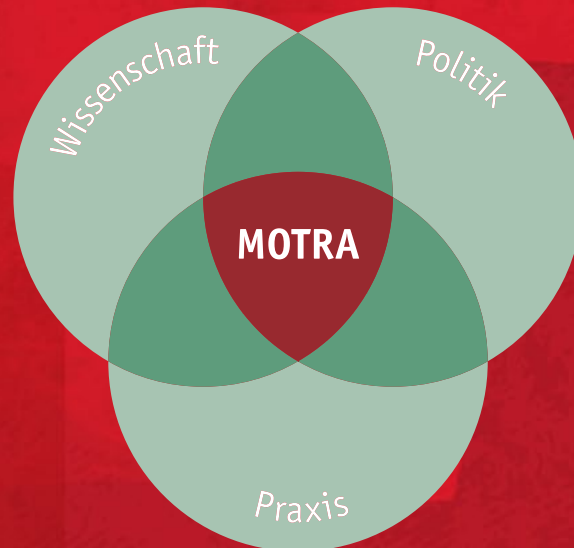
Dr. Katrin Brettfeld (Universität Hamburg)/ katrin.brettfeld@uni-hamburg.de

Dr. Thomas Richter (GIGA Hamburg)/ thomas.richter@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Peter Wetzels (Universität Hamburg)/ peter.wetzels@uni-hamburg.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

🐦 twitter.com/MOTRAVERBUND